BEFREIEN WIR UNS AUS DEM WÜRGEGRIFF DER ISRAEL-LOBBY!

Posted on 25. Oktober 2017

Ein Kommentar von Evelyn Hecht-Galinski.

Wie tief die Verstrickung deutscher Politik und ihrer Vertreter in die Unterstützung der illegalen jüdischen Besatzung ist, zeigt sich immer erschreckender.

Gerade wurde von der „christlich-zionistischen" Kanzlerin Merkel persönlich ein zwei Milliarden Euro U-Boot-Deal genehmigt, an dem wir, die deutschen Steuerzahler, zu etwa einem Viertel, mit etwa 540 Millionen beteiligt werden. Besonders empörend und verwerflich ist die Begründung für die Lieferung dieser 3 Dolphin U-Boote, die sich mit Nuklearwaffen(!) bestücken lassen können, sowie mehrerer Kampfboote, als Beitrag zur " Existenzsicherung Israels" und als unsere „historische Verantwortung" darzustellen. Aufgrund unserer Vergangenheit, sollte unsere Verantwortung sein, für ein freies Palästina einzutreten. Lässt sich dieser Tatbestand, noch mit deutscher Rechtsstaatlichkeit und dem Grundgesetz vereinbaren? Einmal ganz abgesehen von den immer wieder zu gepriesenen „christlichen Werten"?

Nicht nur, dass die deutsche Staatsräson für die Sicherheit des „Jüdischen Besatzer-Staates" uns alle in eine Lage versetzen könnte, dass es einmal zu einer Konfrontation deutscher Waffen und Bundeswehrsoldaten mit Palästinensern führen könnte. Anstelle dieses U-Boot-Deals und den uns Steuerzahlern aufgezwungenen Beitrag hätte man besser und sinnvollerweise hier in Deutschland für Infrastruktur und Kitas oder von Armut bedrohten Kindern oder Flüchtlingen ausgeben können.

Was bedeutet schon die läppische Rücktrittsklausel „sollte sich der Verdacht auf strafrechtliche Verwicklungen bestätigen", bei diesem Deal, der zum Himmel stinkt angesichts der Bestechungsgeld-Affäre, in deren Mittelpunkt der israelische Repräsentant von Thyssen-Krupp, Miki Ganor und David Schimron, der Cousin und Rechtsberater von Ministerpräsident Netanjahu, steht. (1) (2)

Die GRO/KO hat mit dieser Lieferung einen weiteren Tiefpunkt ihres Wirkens zum Schaden Palästinas und gegen einen gerechten Frieden in der Region gesetzt. Hatten sich doch Netanjahu und Staatspräsident Rivlin persönlich bei Merkel eingesetzt, um so wo mögliche Einsprüche einer neuen Koalition zu verhindern.

Der „Jüdische Staat“ selbst ist einer DER großen Waffenexporteure der Welt und es gibt kaum eine kriegerische Auseinandersetzung, wo nicht Waffen des „Jüdischen Staates“ eingesetzt werden, wie aktuell in Myanmar, wo die ethnische Säuberung der muslimischen Rohingyas mit Hilfe israelischer „Super Boote“ Dvora, die mit Hellfire Raketen und Kanonen ausgestattet sind, fortschreitet. Während momentan eine Geberkonferenz für das Elend dieser Vertriebenen in Genf stattfindet, die UN geht von einer Million Flüchtlingen aus, verdient der „Jüdische Staat“ an diesem Elend. Während die Unicef versucht den verhungernden Kindern zu helfen, treten die USA und Israel aus der Unicef aus. (3) (4)

Während dank israelischer Waffen auch in Afrika die Flüchtlingsströme erstarken, werden diese schwarzen Flüchtlinge im „Jüdischen Staat“ in speziellen Gefängnissen (Holot) inhaftiert oder in ihre Heimatländer abgeschoben. Die kriminellen Verstrickungen des „Jüdischen Staates“ reichen in alle Welt, eins der traurigsten Exportartikel des „Jüdischen Staates“. (5)

Wenn tatsächlich dank US-Präsident Trump und seines Einflüsterers Netanjahu das Atomabkommen mit Iran zu Fall gebracht werden sollte, dann hätte sich erneut die Gefahr, die vom „Jüdischen Staatsterrorregime“ für den Weltfrieden ausgeht, erwiesen. Trump hat es erneut darauf angelegt zu provozieren und Interessen des „Jüdischen Staates“ zu vertreten, eine mehr als verwerfliche Handlung, der die internationale Staatengemeinschaft unbedingt und entschieden entgegentreten muss. Wenn sich diese Allianz jetzt noch im Zusammenschluss mit Saudi- Arabien und Irak gegen Iran verbündet, unter der Regie von den USA und dem „Jüdischen Staat“, dann ist die Rote-Linie überschritten. Sie zündeln wo sie können, um ihre Macht auszubauen und ihre Waffenindustrie am Laufen zu halten. Die Frage, die gestellt werden MUSS ist doch: Sind die jüdischen Massenvernichtungsmittel koscher, während andere Länder wie z.B. Iran, der – und daran ist immer wieder zu erinnern – noch keinen Krieg angefangen hat, sich zu Recht bedroht sehen und verständlicherweise ihrem Untergang nicht tatenlos zusehen werden. Der „Jüdische Staat“, der einzige Staat, der eine illegale jüdische Besatzung Palästinas betreibt und die ethnische Säuberung Palästinas für ein „Groß-Israel“ als Endziel verfolgt darf nicht belohnt werden für diese Verbrechen. Ich kann es nur immer wieder betonen, der Holocaust heiligt nicht alle Mittel, und was unter den Nationalsozialisten ein Verbrechen war, kann im „Jüdischen Staat“ nicht hingenommen werden. (6) (7)

Was ist mit der unheiligen Allianz zwischen dem „Jüdischen Staat“ und der Al-Nusra Front, der Ableger von Al-Qaida und somit auch der IS? Wie ist es möglich, dass dieser Tatbestand so wenig Beachtung unserer Medien im Syrien-Krieg fand? Merkel-Deutschland nahm die syrischen Flüchtlinge auf, die unter aktiver Mithilfe des Netanjahu-Regime erzeugt wurden und gerade der „Jüdische Staat“ hat durch die Unterstützung dieser Dschihadisten gegen Assad viel Unheil angerichtet, das wir ALLE mit auszubaden haben. Hunderte syrischer Dschihadisten wurden von israelischen Ärzten mit großer Medien-Propaganda medizinisch behandelt (während Palästinensern im Konzentrationslager Gaza diese Hilfe verweigert wird und schon so viele Palästinenser an Checkpoints elend verstarben). Was ist mit dem IS, der Zuflucht an der Grenze zu Israel findet? Nicht die Hisbollah ist das Problem, sondern es ist der „Jüdische Besatzerstaat“! Dazu vermisse ich von Merkels Regierung und aller im Bundestag vertretener Parteien (außer der AfD!!!) eine gezielte Reaktion. (8) (9) (10) (11)

Wenn Verfassungsschutz-Präsident Maaßen vor „Kinder-Dschihadisten“ warnt, die unter dem Einfluss von IS-Propaganda „islamistisch indoktriniert“ werden und wenn sie nach Deutschland zurückkehren, dadurch eine Gefahr für die deutsche Gesellschaft darstellen, lohnt es sich doch einmal die Frage zu stellen, wieso diese Warnung noch niemals aufkam, im Zusammenhang mit den freiwilligen jüdischen und christlichen Deutschen, die sich freiwillig in die „Jüdische Verteidigungsarmee“ meldeten, um so mit den Kriegseinsätzen für die illegale Besatzung Palästinas ihren Beitrag zu leisten. Wenn diese dann nach Deutschland zurückkehren, sind sie doch schließlich „judaistisch indoktriniert“ und verbreiten das Gift der illegalen Besatzung in Deutschland. Warum ist dieser mehr als verabscheuungswürdige Tatbestand kein Thema der deutschen Regierungspolitik, wo diese Fakten doch schon seit Jahren in deutschen Medien berichtet wurden? (12) (13)

Die Israelisierung Deutschlands wird immer weiter gepusht, wenn legale Unterstützung für die BDS-Kampagne zu Unrecht als Antisemitismus diffamiert wird. Hoffentlich bleiben wir hier von solchen Ansinnen wie in Texas verschont, dass Opfer des Hurrikans Harvey, die Anträge auf Hilfe nach den Schäden an ihrem Hab und Gut und Gelder für Wiederaufbau stellten, eine schriftliche Erklärung abgeben mussten, dass sie Israel nicht boykottieren und dies auch in Zukunft nicht tun werden. Texas will sich damit „einzig“

und führend unter Amerikas Gliedstaaten darstellen, ein Musterschüler der Israel-Lobby! Schon 2016, nach einem Treffen zwischen dem republikanischen Gouverneur Abott und Netanjahu, gab es in Texas ein Gesetz, welches Unternehmen für geschäftliche Kontakte mit Iran bestrafte, übrigens unter breiter Zustimmmung auch von Demokraten. Ein unfassbarer Vorgang, der uns alle vor Augen führen sollte, was uns durch die „Trumpisierung und Israelisierung" erwarten würde, sollte dieser " Israel-Lobby-Hurrikan" zu uns über den großen Teich kommen, die schrecklichen Ausläufer haben uns schon erreicht. (14)

Das führt mich zum passenden Abschluss, zu einer Reise, die die amtierende Bundesratspräsidentin und rheinland-pfälzische SPD-Ministerpräsidentin Dreyer (bis zum 1. November, dann ist der nächste „Israel-Versteher", der Regierende SPD-Oberbürgermeister von Berlin, Müller, an der Reihe), in den „Jüdischen Staat" führte. Dreyer, die sich Israel auch „persönlich" verbunden fühlt, stellte die Reise unter das Motto „Freundschaft leben – Partnerschaft pflegen". Sie wollte „keine" Konfrontation auf dieser Reise, daher steht nach den Erfahrungen des Parteikollegen und noch Außenminister Gabriel kein Treffen mit Regierungskritikern an. In ihrer vor Reiseantritt abgegebenen Erklärung fand sie „einfühlsame" Worte für den „jüdischen Staat": „Es ist mir persönlich sehr wichtig, nach dem Einzug der AfD in den Bundestag unseren Partnern in Israel umgehend ein Signal zu setzen, dass diejenigen, die in der Bundesrepublik Verantwortung tragen, weiter uneingeschränkt an der Seite Israels stehen, darüber hinaus ist die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson". Zitat Ende! Da reibt man sich verwundert die Augen, denn bekanntermaßen steht die AfD an der Seite der Juden, wie sie immer versichert. Dreyer musste bei ihrem Gespräch mit Netanjahu erstaunt feststellen, dass der Einzug der AfD von diesem „überraschend unaufgeregt" wahrgenommen wurde. Ist Frau Dreyer eigentlich mit Blindheit geschlagen, ist ihr wirklich entgangen, dass sich rassistische, rechtsextreme Parteien so ausgezeichnet mit dem „Jüdischen Staat" verstehen, weil sie gleiche Ziele verfolgen? Frau Dreyer sollte sich besser als Vertreterin Deutschlands fragen, warum das so ist und wie sich die Positionen in puncto Israel so gleichen? Wie es schien, wollte sich Dreyer mit Netanjahu auch nicht mit ihm über das Thema „Einschränkung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen" anlegen, aus „Zeitgründen", wie es hieß. Schade, dass Dreyer so einseitig zur „Kontinuität" in der Außenpolitik stand und sich mit den altbekannten Netanjahu-Phrasen, wie der

„Zwei-Staatenlösung“, aber nur mit Israels militärischer Kontrolle zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan abspeisen ließ und der „Charmeoffensive“ Netanjahus erlag. Er lobte auch die gute Zusammenarbeit mit Deutschland im Bereich Rüstung, als ob das ein Wunder wäre bei diesen deutschen Steuerzahler Geschenken Mit dieser Art der Kontinuität setzt die deutsche Vertreterin die Negierung des Internationalen Völkerrechts durch den „Jüdischen Staat“ fort und trägt damit schwerwiegende Mitschuld an der illegalen Besatzung Palästinas. Wie das die palästinensischen Vertreter wohl aufgenommen haben? Wenn hier Medien berichten, dass Dreyer ein „zerrissenes Land“ besucht, Israel und „Judäa“. Nein Bundesratspräsidentin Dreyer besuchte Palästina, ein besetztes Land! (15) (16) (17)

Damit schließt sich der unheilvolle Kreis der deutschen Politik zur Existenzsicherung und Schutz Israels durch die ethnische Säuberung Palästinas. Wir wollen das nicht, aber wir werden nicht gefragt, sondern müssen nur bezahlen, nicht umsonst wartete die Merkel Regierung mit der Genehmigung des U-Boot Verkaufs bis nach den Wahlen ab!

Befreien wir uns aus dem Würgegriff der Israel-Lobby!

+++

Danke an die Autorin für das Recht der Zweitverwertung.

*Dieser Text erschien zuerst auf der Seite „Sicht vom Hochblauen“: „*Befreien wir uns aus dem Würgegriff der Israel-Lobby!“

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten hier: https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/